

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 45.

Freitag, 23. Februar

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Donnerstags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingelände) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Der Bundesrat hielt gestern eine Plenarsitzung ab.

Das gegenwärtig in London tagende internationale Bergarbeiterkomitee ist zu einem Einverständnis darüber gekommen, daß im Falle eines Ausfalls in England eine internationale Aktion unternommen werden soll.

Die gestrige erste Sitzung des italienischen Parlamentes nach der Verjagung war eine begeisterte Kundgebung für die Armee und Marine sowie den Erwerb von Tripolis und Cyrenaka.

Beim Übergang einer Wanderzirkusgesellschaft zwischen Panosova und Semlin über die mit Treibeis gehende Donau auf drei Pfählen kenterten diese. Drei Personen ertranken, die Tiere kamen sämtlich um.

Am Panamanal haben wieder erhebliche Erdbeben stattgefunden.

Ein fürchterlicher Sturm hat im ganzen östlichen Teile der Vereinigten Staaten von Amerika großen Schaden angerichtet.

Amthlicher Teil.

An der königlichen Turnlehrer-Bildungs-Anstalt zu Dresden beginnt

am 15. April 1912

ein Lehrgang zur Ausbildung von Turnlehrern.

Die Teilnehmer an diesem Lehrgange müssen die Vormittage jedes Wochentages und wöchentlich drei Nachmittage zur Verfügung haben.

Gefuche um Zulassung sind unter Beifügung

1. des Geburts- oder Taufzeichens,
2. eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses,
3. eines amtlichen Zeugnisses über die sittliche Führung,
4. eines selbstgefertigten Lebenslaufes,
5. der Zeugnisse über die genossene wissenschaftliche, bez. Schulbildung und über die turnerische Vorbildung,
6. eines Staatsangehörigkeits-Ausweises

bei dem unterzeichneten Ministerium bis zum 23. März 1912

einzureichen.

Schulamtscandidaten haben nur die vorstehenden unter Nr. 2, 3, 4 und 5 genannten Unterlagen beizubringen.

Sämtliche Bewerber haben sich einer Aufnahmeprüfung im Turnen zu unterziehen. Bewerber, die die Aufnahmeprüfung an einer höheren Lehranstalt nicht bestanden, haben außerdem vor Zulassung zum Lehrgange eine Prüfung im schriftlichen Gedankenausdruck abzulegen.

Dresden, am 31. Januar 1912.

186 Sem.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

937

Ernennungen, Versetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Evangelisch-lutherischen Landestagskomitees ist im regelmäßigen Verfahren zu befehlen: Das Pfarramt zu Tharandt (Dresden II), Nr. IV B, Kol.: Das Ev.-luth. Landestagskomitee. — Angestellt bez. versetzt wurden: R. E. Kohlsdorf, Kandidat, als Hilfsgeistlicher in Limbach (Chemnitz II), R. K. H. Nau, Hilfsgeistlicher in Limbach, als Diakon in der Lutherkirche zu Glauchau (Erfordia), P. J. E. Raed, Pfarrer in Elsnitz, als Pfarrer in Wartenburg (Dresden II), P. Dr. R. B. Rodel, Diakon in Regischa, als Diakon in Wartenburg (Dresden II), P. R. F. Feurig, Diakon in Grimmitzschau, als Archidiaconus an der Laurentiuskirche in Limbach, G. S. Köhler, Hilfsgeistlicher in Leipzig-Blasewitz, als Diakon an der Laurentiuskirche in Grimmitzschau (Dresden), G. S. C. Voigt, Kandidat, als Hilfsgeistlicher in Leipzig-Blasewitz (Leipzig I), P. R. E. J. Ulrich, Diakon in Proßburg, als Pfarrer in Limbach (Osch). —

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichem Hofe.

Dresden, 23. Februar. Se. Majestät der König nahm vormittags militärische Meldungen sowie die Vorträge der Herren Staatsminister und des Kabinetts-

sekretärs entgegen. Nachmittags besichtigte Se. Majestät die Schokoladenfabrik von Pehold u. Kulhorn auf der Bienerstraße.

Deutsches Reich.

Bundesrat.

Berlin, 22. Februar. Der Bundesrat hat in der heutigen Sitzung der Vorlage betreffend Zollersatz für Kartoffeln und der Vorlage betreffend Ergänzung und Änderung des Taratariffs die Zustimmung erteilt. Zur Annahme gelangten die Vorlagen betreffend die Prägung von 5 Mill. M. in Zehnspfennigstücken, von 21 Mill. M. in Dreimarckstücken, sowie von je 4,5 Mill. M. in Zweimarckstücken, von 2 Mill. M. in Zweispennigstücken und von 3 Mill. M. in Einpfennigstücken.

Die Wehrevorlagen und ihre Bedung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Aus den Verhandlungen des Reichstages ist bekannt, daß die zu erwartenden Wehrevorlagen den Bundesrat noch nicht beschäftigt haben, und daß bisher weder über die Höhe der Forderungen noch über die Art ihrer Bedung Beschlüsse gefaßt sind. Die beteiligten Instanzen beschleunigen nach Möglichkeit die Arbeiten, und es kann erwartet werden, daß in kurzer Zeit über die Regierungsvorlagen Arbeit geschaffen sein wird. Die formulierten Vorschläge der Kriegsverwaltung, auf die der weitestgehende Teil der Reulforderungen entfallen werden, sind gehen in die Hände des Reichstages gelangt. Leider wird die Zeit der Vorbereitung dazu benutzt, um allerlei mehr oder weniger falsche Kombinationen, teils über den Inhalt der Wehrevorlagen, teils über die Bedungsvorlagen zu verbreiten. Ins Gebiet der reinen Erfindung gehört die Angabe, der Staatssekretär des Reichshauptamts sei ein Gegner der Beschleunigung unserer Wehrevorlagen.

Die Nebenaufgabe der Luftpotte.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Deutsche Flottenverein“: Eine volle Flotte über die neue deutsch-englische Wendung wird erst eintreten können, wenn man die Bedingungen kennt, unter denen sie sich vollzieht. Die Schöpfung unserer Flotte ist zwar zweifellos eine Hauptaufgabe des überaus starken Volkes des britischen Löwen, andererseits ist unsere Flotte derjenige Faktor gewesen, der ihn in erster Linie nachdenklich und, wie es scheint, nachgebend gemacht hat.

Die Schuldscheine, daß für eine Kontinentalmacht der Landkrieg das entscheidende und zwar insonderheit für Deutschland gewesen ist, sind nicht erscheidend für eine neue Lage. Gegen eine reine Flottenmacht kann man nachhaltigen Erfolg nur durch die gleiche Waffe erzielen. Bonar Law, der Führer der englischen Konservativen, selber hat das zureichend auseinandergesetzt. Aus anderen Gründen erscheint die Ausfüllung der Armeelücken ebenso notwendig. Ein Streit über die Priorität ist ganz unnützlich. Für Armee und Marine hat das Notwendige gleichzeitig bis zur erlaubten Grenze zu geschehen. Ein harter nationaler Wille bleibt das einzig Erforderliche. Wer jetzt nicht Augen hat, zu sehen und Ohren, zu hören, der ist wahrhaftig alles andere, als ein Vertreter der Interessen seiner Nation. Vorläufig steht der Sieg des Unsinns noch nicht in Aussicht; aber es bedarf der hartnäckigsten Anspannung derer, die eine heilige Liebe zu ihrem Volke im Herzen tragen, um ihn völlig zu verhindern.

Aber eins aber sollten wir uns zunächst klar werden. Das Wort von der Luftpotte wird bei uns stark nachgedrückt werden, wenn die deutsch-englischen Verhandlungen sich solchen Vereinbarungen nähern. Wie wird uns die kraftvolle Flotte wertvoller sein, als gerade nach Gelingen einer Vereinbarung? Man soll sich hüten, die Illusion einer dann möglich werdenden Luftpotte aufkommen zu lassen. Flotte und Armee spielen bei einem deutsch-englischen Geschäft eine gänzlich verschiedene Rolle. Was England als eventuelle Einzahlung — schon als moralisch wertvoll — ansieht, ist die deutsche Armee. Diesen Einzahlung möchte es möglichst billig ohne den Druck der deutschen Flotte haben. Für uns aber bedeutet unsere Flotte dann denjenigen Garantiefaktor, der uns überhaupt das gemeinsame Geschäft dauernd sicherstellt. Dann erst gelangen wir zu einer Firma, worin beide Seiten mit gleichem Nutzen arbeiten werden, in der unsere Herabdrückung zum „Angebotenen“ unmöglich gemacht wird. Das ist der Kernpunkt! Nach diesem zielt Churchill's Pfeil.

Für den einsichtsvollen deutschen Patrioten kommt es daher bei ganz nächstem Kalkül nicht auf „Kürzung“ an, auch nicht auf „Wettstreitung“, sondern nach wie vor auf eine garantierte deutsche Flottenkraft, die voraussichtlich mit verhältnismäßig geringen Kosten und im wesentlichen innerhalb des Flottenbudgets erhalten werden kann. Keine Friedensausgabe wird sich besser rentieren als die für diese „Luftpotte“.

Deutscher Brunnenrat.

Die Erkenntnis der alten Wahrheit, daß das Wasser auch zum Trinken da ist, und der Pflicht, einen Trunk frischen Wassers den Wanderern in Stadt und Land, den Kindern auf dem Spielplatz und den Marktbesuchern zu bieten, hat den deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke veranlaßt, eine besondere Kommission, den deutschen Brunnenrat, einzusetzen, bestehend aus Männern der Gemeindeverwaltung, der Gesundheitspflege, des Kunstschaffs, des Schulwesens, des sozialen Vereinsamts. Aufgabe dieses Brunnenrates ist, die Bewegung zur Er-

haltung schöner alter und Schaffung neuer — gesundheitlich einwandfreier und künstlerisch wertvoller — Trinkbrunnen zu fördern. In den vergangenen Jahren hat er zahlreiches Material gesammelt und nach verschiedenen Seiten hin Anregungen gegeben, namentlich durch die Beschickung der Städtebauausstellungen in Charlottenburg und Düsseldorf und der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden sowie durch die Interessierung der Verwaltungen aller größeren und mittleren Städte Deutschlands für seine Bestrebungen. Vorausgesetzt, daß ihm die nötigen Mittel dargeboten werden, wird der Deutsche Brunnenrat künftig seine Gedanken in weiteren Kreisen ausbreiten und im Verein mit Bildhauern, Architekten und Konstruktionswerkstätten in die Tat umsetzen.

Kleine politische Nachrichten.

München, 22. Februar. Dem Ministerpräsidenten Herrn v. Hertling ist nachfolgendes Schreiben aus der Geheimkanzlei des Prinz-Regenten zugegangen: Im Allerhöchsten Auftrag habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent Ew. Exzellenz den Verdienorden vom Heiligen Michael 1. Klasse verliehen hat. Se. Königl. Hoheit wollen mit dieser Ordensverleihung Allerhöchste Vertrauen zu Ew. Exzellenz und insbesondere den Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß Ew. Exzellenz die Wägen des neuen Amtes übernommen haben. gez. v. Wiedemann, Generaladjutant.

Reichstag.

Sitzung vom 22. Februar 1912.

Am Bundesratsstische: die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Bernuth sowie der preussische Landwirtschaftsminister Fehr v. Schorlemer.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die Besprechung der Interpellationen betreffend Aufhebung des Futtermittel- und Kartoffelzoll wurde fortgesetzt.

Abg. Natrik (soz.): Für uns ist die Antwort des Staatssekretärs keineswegs befriedigend ausgefallen. Sie zeigt die völlige Abhängigkeit der Reichsverwaltung von dem ökonomischen Junkertum. (Sehr richtig!) Durch eine plötzlich gesteigerte Nachfrage nach Mais kann eine Erhöhung des Weltmarktpreises eintreten; diese Erhöhung würde aber bei weitem nicht so viel ausmachen, wie der auf Mais gelegte Zoll. Wir müssen deshalb nach wie vor eine Aufhebung des Zolles für Mais und Futtermittel im Interesse der ärmeren Landwirte verlangen. Zwar werden die meisten Futtermittel zollfrei eingeführt; aber die Preise für diese werden beeinflusst durch die mit Zoll belegten Futtermittel. Wenn Sie (zum Zentrum) die Produktionskosten für die Landwirtschaft herabmindern wollen, dann müssen Sie mit uns für Aufhebung der Futtermittel- und Getreidezölle eintreten. Die Interessen des Großgrundbesitzes und des Kleinbesitzes sind unvereinbar; die Kluft zwischen beiden ist unüberbrückbar. Dem Volke draußen werden wir sagen, was von diesem Reichstage zu erwarten ist und von dieser Regierung, die unter der Fuchtel der Junker steht. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Qu-Rufe im Zentrum und rechts.)

Staatssekretär Bernuth: Ich finde, daß die Interpellationen in eine nicht besonders glückliche Zeit fallen, da wir gerade gegenwärtig ein entscheidendes Sinken der Preise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse sehen. Der Zoll ist auf Futtermittel und Kartoffeln ohne Einfluß gewesen. Die Einfuhr von Futtermitteln in den Monaten Oktober bis Januar ist genau so groß, ja noch etwas größer gewesen als die Einfuhr in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei Mais ist seit der letzten Interpellation im Herbst ein erheblicher Preisrückgang zu verzeichnen. Der Handel rechnet übrigens infolge der günstigen La Plata-Ernte weiter mit günstigen Verhältnissen. Es ist auch anzunehmen, daß die Verwendung von Mais in den Brennereien jetzt noch stärker werden wird. Anzeichen dafür zeigen sich bereits. Damit würden wiederum gewisse Mengen Kartoffeln für den Konsum frei werden. Im übrigen möchte ich Ihnen mitteilen, daß der Bundesrat heute beschlossen hat, zu genehmigen, daß aus Billigkeitsgründen Kartoffeln voriger Ernte von der Verzollung frei bleiben. (Beifall.) Es trifft nicht zu, daß der Zoll auf Frühkartoffeln eigentlich ein Finanzzoll sein sollte, denn dann würden die Verbündeten Regierungen ihn 1902 eingebracht haben. Das haben sie aber nicht getan. Der Kartoffelzoll ist erst aus der Kommission hervorgegangen. Ein Antrag, einen Zoll von 2,50 M. für die Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli festzusetzen, wurde damit begründet, daß man die Kartoffeln für den großen Konsum freilassen sollte, und daß nur beabsichtigt sei, die von außerhalb eingeführten Frühkartoffeln mit dem Zoll zu belegen. Dieser Zoll ist zuletzt bestehen geblieben in Höhe von 1 M. Die Befürchtung, daß auch die billigeren Kartoffeln von dem Zoll getroffen würden, hat sich nicht als begründet erweisen. In diesem Jahre liegen die Verhältnisse anders. Wir haben ein großes Bedürfnis zur Einfuhr von Kartoffeln aus Rußland und den Niederlanden. Wegen der Strenge des Winters haben sich hierbei Unzuträglichkeiten gezeigt. Die Kartoffeln konnten nicht überall bis zum 15. Februar zum Versand kommen, es sind noch große Sendungen zu erwarten, und diese dürfen im Interesse des Konsums und der Industrie dem Zoll nicht unterworfen werden. Hieraus können Sie das Interesse der Verbündeten Regierungen an dieser Frage erkennen, durch das sie die Volkswirtschaft von den gegenwärtigen Unzuträglichkeiten befreit haben. (Beifall.)

Abg. Gierberts (3.): Das Zentrum hat sich bei den Zolltarifdebatten gegen den Kartoffelzoll gewendet. Die Sozialdemokraten sollten es anerkennen, daß viele landwirtschaftliche Organi-